

Bezugspreis:
Mietpreis 10.- M. monatlich 10.- M.
frei ins Haus, voraus zahlbar. Post-
bezug: Monatlich 10.- M. einjährig
100.- M. ...

Anzeigenpreis:
Die abgegebene Kampagne
kostet 100 M. „kleine Anzeigen“
das selbige Wort 100 M. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Wortplatz 15195-97
Expedition Wortplatz 11753-54

Dienstag, den 6. September 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inzeraten-
Abteilung Wortplatz 11753-54

Bayern sabotiert das Reich.

Die empfindliche Kahr-Regierung.

Die Münchener bürgerliche Presse bemüht sich, durch Töne
höchster Entrüstung den Anscheinung zu erwecken, als wehre
sie die bayerische Regierung dagegen, daß Bayern zu einer
Provinz und die Landesregierung zu einer Untergebenen des
Reichsministeriums herabgewürdigt werde. ...

Im übrigen bringt die „Münchener Post“ neues Material in
Sachen des bayerischen Einwohnerwehr-Gehelmsystems,
das sich mit der Organisation des sogenannten „Not-
bann“ an Stelle der verbotenen Einwohnerwehr beschäftigt. ...

Die Verordnung des Reichspräsidenten verbietet ausdrücklich
das Erscheinen aller Erschließblätter, die eine Fortsetzung des
verbotenen Blattes bedeuten, und droht die Herausgeber mit
schweren Strafen. ...

Was die Reichsregierung sagt.

Berlin, 6. September. (W.Z.) Die bayerische Regierung hat
die Telegramme, die der Reichsminister des Innern in der Ange-
legenheit des Verbots der „München-Kuglburger Abendzeitung“
und der Unruhen in Coburg an die Münchener Regierung sandte,
bayerischen Zeitungen zur Veröffentlichung über-
geben, deren Kommentare dahin lauten, daß die Telegramme einen
Eingriff in bayerische Rechte und eine Brüstung Bayerns be-
deuten. ...

Nordbayern in Bereitschaft.

Nürnberg, 6. September. (Eigener Drahtbericht des „Vor-
wärts.“) Am Montag Abend fand hier eine Versammlung
der Vertrauensleute der SPD. statt. Über 500 Genossen,
zum Teil aus Nürnberg, Mittel-, Ober- und Unterfranken, sowie
der Pfalz waren anwesend. ...

Partei Drehscheibe.

In einer gemeinsamen Sitzung haben Reichstags-
fraktion und preußische Landtagsfraktion der
Deutschen Volkspartei zur politischen Lage Stellung
genommen. Über das Ergebnis wird berichtet:
Die Anwesenden billigten einmütig die von den Fraktions-
vorsitzenden gegenüber dem Reichspräsidenten und dem Reichsan-
walter abgegebenen Erklärungen über die Notwendigkeit des
Schutzes der Verfassung gegen jeden gewaltsamen Angriff,
über die Notwendigkeit einer gleichmäßigen Anwendung der neuen
Ausnahmegesetzgebungen auch gegen die radikale Linke und gegen
jede Nebenregierung nicht verfassungsmäßiger Organe. ...

Zwangswirtschaft der Kartelle.

Von Hermann Krähig.

Fürchterlich haben die Ruhnießer einer ungezügelter
Profitwirtschaft gezetert gegen die gebundene Wirtschaft, die
aus Anlaß des Krieges bestand. Diese sogenannte Zwangs-
wirtschaft ist nun nahezu reiflos beseitigt. Und wenn die
recht gehabt hätten, die gegen jene Zwangswirtschaft Sturm
riefen, so müßte unser Volk jetzt geradezu in billigen Waren
schwimmen. ...

Die vielgerühmte „freie Konkurrenz“ läßt man gar nicht
mehr zur Wirksamkeit kommen. Die „freie Konkurrenz“ ist
in die Fesseln der neuen Zwangswirtschaft gelegt worden.
Begen Außenleiter wird mit dem Kampfmittel der wirtschaft-
lichen Vernichtung vorgegangen. ...

So verlangen die Kleiderfabrikantenver-
bände, daß der Zanella-Verband an die Außen-
leiter in der Kleiderfabrikation nur dann Zanella liefere,
wenn sie 33 1/2 Proz. des Wertes als Zuschlag in die
Kasse des Arbeitgeberverbandes der deut-
schen Bekleidungsindustrie zahlen. ...

Statt Preisabbau also zunehmende Teuerung.
Den Arbeitern aber wirft eine gewisse Presse vor, ihre Lohn-
forderungen seien unberechtigt.

Gerade auf dem Gebiete der Textil- und Beklei-
dungsindustrie tritt diese Zwangswirtschaft mit am
schlimmsten auf. Und es findet sich auch kein Gericht,
welches einmal hineingreifen möchte in diese Wespenne-
st. ...

Ich habe kürzlich in der Nr. 172 der „Volkstimme“
in Chemnitz gezeigt, wie in solchen Bestehungs-
kostenrechnungen die Uebergewinne verborg-
en werden. ...

Das hat natürlich die Unternehmer sehr schwer getroffen,
denn nun sehen die Nähgarnverbraucher, wie enorm sie zum
Füllen der Taschen anderer herangezogen werden.

Natürlich besteht auch ein Kartell, die „Vertriebsgesell-
schaft Deutscher Baumwoll-Nähfaden-Fabrikanten, G. m. b. H.
in München“. Anstatt nun fein stille zu sein und daranzugehen,
eine richtige Bestehungskostenrechnung aufzustellen und
danach erheblich niedrigere Verkaufspreise
festzusetzen, läuft dieses Syndikat gegen mich Sturm.
Es hat bei der Reichsstelle für Textilwirtschaft, deren stellver-
tretender Vorsitzender ich bin, ein Ermittlungsver-
fahren gegen mich beantragt, und verlangt, festzu-
stellen, ob sich jene Veröffentlichung der Be-
stehungskostenrechnung mit meinen Pflich-
ten der Verschwiegenheit als Mitglied der
Reichsstelle verträgt. ...

Man sieht, die neue Zwangswirtschaft scheint kein Mittel,
um ihre Herrschaft zum Schaden der Allgemeinheit aufrecht-
zuerhalten.

Man darf sich keinem Zweifel darüber hingeben, daß die
treibenden Kräfte, die hinter der Regierung Kahr stehen, nicht
eine Ausöhnung mit der Reichsregierung erstreben, sondern
gewillt sind, den Konflikt auf die Spitze zu
treiben. ...

Dr. Birch hat erst in seiner Berliner Rede erklärt, daß
er bereit sei, gegen die Reaktion die ganze Staatsmacht ein-
zusetzen. Er wird vielleicht dazu Gelegenheit haben, in
Bayern die Festigkeit seines Willens zu erproben. ...

Offener Hohn!

München, 6. September. (Eigener Drahtbericht des „Vor-
wärts.“) Eine Gewerkschaftskommission aus acht Krei-
sen Bayerns wird heute nachmittag 2 Uhr beim Reichspräsidenten
Kahr vortreten. Sie wird ihm erklären, daß die bayerischen Ge-
werkschaften mit allen verfassungsmäßigen Mitteln sich hinter die
Reichsregierung stellen und die Durchführung der Reichs-
erlasse erzwingen werden. ...

Die gegenwärtige Lage in Bayern wird am besten von einem
bürgerlichen Blatt charakterisiert:

„Die Tatsache, daß die „München-Kuglburger Abendzeitung“
nicht verboten und daß die Sipos aus Coburg nicht zu-
rückgezogen worden ist, gibt wohl die bayerische An-
wort auf die Offensive der Reichsregierung gegen Bayern.“

Dazu kommt noch, daß der „Miesbacher Anzeiger“
heute morgen unter dem Decknamen „Miesbacher
Tagblatt“ mit demselben Druck und derselben Auf-
machung wieder erscheint, die Reichsregierung sofort wieder
auspöbelt und seinem Leserkreis versichert, er wisse bestimmt, daß die
bayerische Regierung in der Frage des Ausnahmezustandes fest-
bleiben werde. ...

Ein weiterer Beweis der Unbeliebtheit der Regierung Kahr
ist die Tatsache, daß München seit heute morgen wieder im Schutze
eines nationalsozialistischen Riesenspatats prangt
mit der Überschrift: „Judenfreiheit in der Republik“
und zum Protest gegen die Unterdrückung der freien Meinung durch
die „jogenaunte demokratische Reichsregierung“ auffordert. ...

Der Münchener Polizeipräsident ist eine Gefahr
für die verfassungsmäßige Regierung, ihm das Handwerk zu
legen, ist eine Forderung jedes Demokraten.

Um so mehr hat die Partei die Pflicht, diesen Auswüchsen der kapitalistischen Wirtschaft entgegenzuwirken. Man wird die Kartelle und Konventionen nicht verbieten können, aber man muß sie kontrollieren. Man muß ein Gesetz schaffen, welches dem Reiche das Recht gibt, diese Kontrolle auszuüben. Sie kann ausgeübt werden durch Teilnahme von Regierungskommissaren an allen Sitzungen und durch den Zwang, die gefaßten Beschlüsse zu veröffentlichen, oder zum mindesten zur Genehmigung vorzulegen.

Nur auf diese Weise kann dem Unheil der neuen Zwangswirtschaft gesteuert werden. Denn die Regierung muß natürlich das Recht haben, Beschlüsse, welche die Allgemeinheit schädigen, zu annullieren.

Paul Reißhaus gestorben.

Wie uns aus Erfurt gemeldet wird, ist der langjährige Reichstagsabgeordnete Genosse Paul Reißhaus am Montag in Schwarzburg (Thüringen), wo er zur Erholung weilte, einem Gehirnschlag erlegen. Reißhaus, der ein Alter von 66 Jahren erreicht hat, gehörte zu den bekanntesten Parteigenossen des Thüringer Landes. Schon seit 1874 gehörte er der Sozialdemokratischen Partei an, wurde im Jahre 1890 auf Grund des Sozialistengesetzes aus Berlin ausgewiesen und machte sich dann in Erfurt ansässig. Er war Mitbegründer des Deutschen Schneider- und Schneiderinnenverbandes und in der Gewerkschaft lang Zeit als Vertrauensmann und Geschäftsführer tätig. In der Sozialdemokratischen Parteiorganisation des Bezirks Erfurt nahm er eine führende Stellung ein. Dem Reichstag gehörte er von 1893 bis 1906 und dann wieder von 1912 ab für den Wahlkreis Sonneberg-Saalfeld an. Nach der Revolution war er Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrates für Erfurt und wurde für den Thüringischen Bezirk sowohl in die Räteversammlung als in den neuen Reichstag gewählt. Innerhalb der Partei stand Reißhaus zumeist auf dem linken Flügel. Als jedoch die große Spaltung im Jahre 1916 vor sich ging, blieb er unbestimmt auf dem Boden der Sozialdemokratischen Partei und alle Forderungen konnten ihn nicht veranlassen, der Partei den Rücken zu kehren.

Nach dem Bahuvorfall vom Juni 1920 wurde die Genossin Wilhelmine Eichler, Eisnarbeiterin aus Eisenberg (Mittelsachsen) als Nachfolgerin von Reißhaus in den Reichstag eingetret.

Zusammenstöße in Herford.

Aus Herford in Westfalen wird uns geschrieben:

Zu Zusammenstößen kam es hier am letzten Sonntag aus Anlaß der Demonstration der Kriegsbeschädigten und der Gewerkschaften und der Fahnenweihe der soldatischen Vereine. Der Zusammenstoß hätte vermieden werden können, wenn die Kriegervereine die Verordnung des Reichspräsidenten, die das Tragen von Uniformen sowie Waffen bei öffentlichen Umzügen verbietet, befolgt hätten. Die Reichswehrkapelle von Minden hat aber mittags in voller Uniform auf dem Marktplatz sog. vaterländische Weisen gespielt, also offen provoziert, und Teilnehmer trugen gezogene Säbel!

Auf dem Säbelbruch hatten sich ungefähr 12 000 Demonstranten versammelt. Nachdem diesen bekannt geworden war, daß die soldatischen Vereine die uniformierte Kapelle, Waffen und schwarzweihrote Fahnen mitführten, wurde eine Abordnung zum Polizeikommissar Hoppe geschickt, die verlangte, daß die Propaganda unterbleiben sollte. Hoppe lehnte es aber ab, der Verordnung des Reichspräsidenten Geltung zu verschaffen; er könne die Uniformen nicht entfernen! Darauf beschloßen die auf dem Säbelbruch versammelten Massen, jetzt nicht mehr den vorgeschriebenen Weg um die innere Stadt herum, sondern auf dem kürzesten Wege zum Rathaus zu marschieren. Die am Säbelbruch stehenden Polizisten versuchten vergeblich, die Massen in die Werrastrasse abzurufen. Die Spitze des Zuges war dann, abgesehen von Antreppeln und Jureusen durch Kriegervereine, bis zum Neuen Markt gekommen. Da versuchten die Wagen mit den Ehrendamen und das Dürtoppische Auto

durch die Werrastrasse hindurchzufahren. Die Fahrzeuge wurden festgehalten. Ein Autoinsasse sprang auf und schlug mit einer Reitpeitsche um sich. Jetzt fuhr ein Stütz durch die Luft, Kriegervereinsmützen und Abzeichen wurden in die Werrastrasse geworfen. Die Ehrendamen wurden gezwungen, auszufolgen, und mußten zu Fuß gehen, und die Wagen wurden in die Werrastrasse gelenkt. Der Kutscher eines Wagens, dem es gelungen war, nach dem Schützenberge durchzufahren, schlug mit einer Peitsche auf die Menge ein. Der Polizeikommissar ließ nun, statt beruhigend auf die Menge nach beiden Seiten einzuwirken, die Polizisten blankziehen! Einem Arbeiter, der einen „Krieger“ daran hindern wollte, mit einem Knüttel auf seine Kollegen einzuschlagen, wurde von einem Polizisten eine zum Glück leichte Kopfverletzung mit einem Säbel beigebracht. Der deutsche nationale Fabrikant Renthoff suchte mit seinem Revolver herum; er wurde ihm von der Menge abgenommen und der „Held“ erhielt eine Tracht Prügel. „Ehrendamen“ riefen den Arbeitern zu, sie verdienten zuviel Geld, 2,50 M. die Stunde wäre genug. Hier hätte die Polizei eingreifen sollen, stattdessen stand sie nachher stundenlang mit blanker Waffe hinter dem Jaun des Schützenhofes und provozierte dadurch die Massen immer aufs neue. Hätten nicht Bürgermeister Genosse Osmer und die Gewerkschaftsführer immer wieder zur Ruhe und Besonnenheit gemahnt, es wäre zu noch schwereren Zusammenstößen gekommen.

Daß es überhaupt so weit kommen konnte, daran ist schuld die Hege der Rechten. Fast jeden Sonntag fand im Bezirk eine nationale Provokation statt. Hinzukam, daß unverantwortliche Elemente am Sonnabend mittags durch ein Flugblatt die Massen aufzupeitschen suchten und so erst den Zündstoff ins Pulverfaß warfen.

Schwarz-Weiß-Not in Lüneburg.

Lüneburg, 6. September. (Df.) Aus Anlaß der Nordischen Woche hatten in Lüneburg Privatwägen schwarzweihrote Gestalt. Die Betriebsräte stellten deshalb an den Senat ein Ultimatum, die Fahnen aus den Straßen zu entfernen, widrigenfalls trotz der Nordischen Woche der Generalstreik proklamiert werden würde. Das Polizeiamt forderte nun die Einzelihrung aller Fahnen. Trotzdem blieben schwarzweihrote Fahnen draußen. Das veranlaßte die Arbeiter- und Angestelltenvereine zu einer Demonstration. Eine Flagge, die von einer Kederlei gehißt war, wurde heruntergeholt.

Nach Mitteilungen Berliner Morgenblätter sind noch eine Reihe weiterer schwarzweihroter Fahnen, soweit sie nicht freiwillig entfernt worden waren, von der Arbeiterschaft heruntergeholt worden, so daß schwarzweihrote Fahnen in Lüneburg nicht mehr zu sehen sind.

Sür die Republik!

Am letzten Sonntag tagte eine von zirka 4000 Vertrauensmännern des Vsa-Bundes besetzte Konferenz der Bergbauangestellten in Essen. Der Vorsitzende des Zentralverbandes der Angestellten, Genosse Siebel, sprach über die Stellung der Bergbauangestellten zu den letzten politischen Ereignissen. Er trat ganz eindeutig für die unbedingte Verteidigung der republikanischen Rechte gegen jeden Angriff ein. Der losende Beifall zeugte von der Entschlossenheit dieser wichtigen Angestelltengruppe, sich hinter die Regierung und die Republik zu stellen.

Einmüßig wurde folgende Entschlieung angenommen:

„Die Konferenz der Bergbauangestellten für das Ruhrrevier ist durchdrungen von der hohen Bedeutung einer ungefährdeten Erhaltung aller Arbeitnehmer- und Volksrechte für den freigewerkschaftlichen Kampf und für seine Ziele. Sie erblid in dem bis zum politischen Wort entarteten Kampf der verfassungseindlichen Elemente gegen die Republik die höchste Gefahr für die Arbeitnehmerschaft und ist überzeugt, daß jene Grundrechte mit der Republik stehen und fallen. Daher begrüßt die Konferenz das entschiedene Vorgehen der Reichsregierung gegen die antirepublikanischen Verleumder und Heher und stellt sich mit allen übrigen freigewerkschaftlichen Arbeitnehmern der Reichsregierung zum Schutze der Republik fest und entschlossen zur Verfügung.“

— das Ergebnis wird Berlin bald zu spüren kriegen. Und die Volkshäufigkeit allein werden es wohl kaum ändern können. Auch die letzte Hoffnung der nach geistiger Nahrung Strebenden — das Buch — verfliegt immer mehr. Die Kosten eines Buches sind derartig gestiegen, daß der Verleger nur noch Bücher herausgibt, die einen Massenabsatz versprechen oder die durch ihre Luxusausstattung bei einer Berechnung für wenige doch die Kosten einbringen. Der Sturm auf die Bibliotheken wird einsehen, die Hoffnung des einzelnen, das gewünschte Buch zu bekommen, wird nur zu oft zuschanden werden.

Joseph Mann ist so gestorben, wie es Sehnsucht und Gnade eines jeden Künstlers sein sollte: auf dem Podium. Vor einer begeisterten Menge, flegelbewußt, auf den Brettern, die ihm die Welt bedeuteten, sang er mit letzter hingebender Kraft und hauchte mit letzter Kraft seinen letzten Seufzer aus. Für die Lebenden, die ihn kannten und liebten, ein erschütterndes romantisches Erlebnis, doppelt schmerzhaft, weil der Verstorbene ein immer noch wachsender, sich unerschöpflich opfernd, ohne Schonung lernender und schaffender Künstler gewesen ist. Sein Rabanes, sein Bohengrin, Tristan, sein Bräuder in der „Mona Lha“ und sein Florens — das waren schon Partien, in denen der große Menschensich wertig in jedem Ton seiner ausdrucksstarken, klarvoll-wehmühtigen Tenorsstimme offenbarte. Aber gerade im modernen Musikdrama wuchs er zur Eigenart seines Stills, vom matadorhaften Vordringen so weit entferntens Wesens, zurzeit schlüßter, dann durcheinander, zucht ein ganzer Mensch auf der Bühne. Sein Palästina überzeugte von der Lauterkeit eines innerlich großen Charakters und sein Wilson in den „Gezeichneten“ war im Hin und Her zwischen unterdrückter Sinnlichkeit und aufstimmender Geistigkeit ein tragisches Erlebnis nach Dichters Sinn. Das sind unvergessene Eindrücke, und unvergessen soll auch bleiben, daß er, der einstige Bamberger Amisrichter, auch an unserer Oper einer der pflichterfülltesten Beamten blieb, stets zur Stelle, immer in Form und dabei bescheiden. Gerade hatte er sich in den Stil des Liebes langsam eingesiebt, gerade winkte ihm ausländischer Ruhm und letzte, höchste Weltanerkennung. Ein großer Beifall, eine größere Hoffnung gingen verloren. Von der „Toten Stadt“ Korngolds, deren Hauptrolle er als erster in Amerika darstellte, ist er in das Reich der Toten abgerufen worden. K. S.

Eine Theater-Köpenickade. Seit langem schon war in Bonn keine Oper mehr zur Aufführung gekommen, und es hatte sich dort eine förmliche Sehnsucht festgesetzt, wieder einmal eine gute Opernvorstellung zu sehen. Als daher vor einigen Tagen große Plakate verhängten, daß im Stadttheater die „Charlottenburger Oper“ ein dreitägiges Gastspiel mit den Werken „Tannhäuser“, „Fidelio“ und „Bohengrin“ geben werde, war die Freude groß. Jeder war bestrebt, sich eine Eintrittskarte zu erwerben, um so mehr, als die Preise nicht eben hoch waren. Am ersten Vormittag bereits waren sämtliche drei Vorstellungen ausverkauft. Mittlerweile kam der Tag der ersten Vorstellung heran. Der Herr Direktor hatte für seine Mitglieder vierzig Zimmer gemietet. Als aber die Zuschauer am Abend in hellen Scharen zum Theater wallfahrten, gab ein mysteriöser Anschlag an der Theatertür kund, daß die Vorstellungen

Republikanische Truppen — Mörderbanden!

Daß Reichswehr und Schutzpolizei von der kommunistischen Presse als Mörderbanden bezeichnet werden, ist nichts Neues. Von Interesse dürfte es immerhin sein, daß auch ein führendes konservatives Organ der staatlichen Truppenmacht diesen Namen anhängt, sobald republikanische Bestimmung bei ihr vorausgesetzt wird. In einem Münchener Telegramm des „Vorwärts“ war auf die Ausrufung eines Dortmunder Blattes Bezug genommen worden, daß es vielleicht nötig sein werde, die republikanischen Bataillone marschieren zu lassen, um den Widerstand gegen die Anordnungen der Reichsregierung in gewissen Teilen Deutschlands zu brechen. Dazu bemerkt die „Kreuzzeitung“:

Also, ein Dortmunder Sozialistenblatt erklärt, man werde rote (!) Bataillone marschieren lassen müssen. Nach dem „Vorwärts“ ist das weder eine kriegerische Maßnahme noch eine aufrichtige Ankündigung. Aber die Festnagelung dieser gemeingefährlichen roten Hege, die Warnung der friedlichen Bürger vor den roten Mörderbanden, das ist dem „Vorwärts“: „Aufpeitschung einer künstlichen kriegerischen Stimmung“.

Es ist sehr bezeichnend, daß die monarchistische Presse den kommunistischen Jargon, über den sie sich sonst nicht genug beschwerten kann, sofort selber anwendet, sobald sie eine Verwendung der staatlichen Truppenmacht gegen ihre umstürzlerischen Bestrebungen fürchtet.

Ein Herd der Gegenrevolution.

Frankfurt a. d. O., 6. Sept. (Eig. Drahtber. des „Vorwärts“.) Die Gegenläufe zwischen militaristischer Reaktion und Arbeiterschaft verschärften sich im Regierungsbezirk Frankfurt a. d. O. immer mehr. Das tritt besonders in der militaristischen Hochburg Kärlein, wie im arthographischen Königsberger Kreis in die Erscheinung. Die reaktionäre Bevölkerung ist soweit vorgeschritten, daß selbst die Maßnahmen der Reichsregierung und die gewaltigen Kundgebungen der Arbeiterschaft keine Kursänderung in dem Treiben der nationalistischen Dummköpfe hervorgerufen vermögen. Nachdem wir erst vor kurzem von der Verschleppung einiger Gefangener Meldung machen konnten, können wir heute melden, daß dieselben Kräfte weiter am Werke sind, die gegenrevolutionären Elemente auf dem Lande mit Waffen bzw. Munition zu versorgen.

Gestern wurde von Arbeitern beobachtet, daß ein mit Granaten beladenes Auto von Kärlein nach der Domäne Neudamm fuhr. Bewirtschaftler dieser Domäne ist der als reaktionärer Schmied im Königsberger Kreis hinlänglich bekannte Herr v. Jil-land. Die Arbeiterschaft war auf dem Posten und verlangte von Jiland sofortige Aufklärung über die Herkunft der Granaten und über den Zweck des Transports. Die demnachrichtliche Gendarmerie beschlagnahmte die Granaten, mehrere Hundert an der Zahl, die in Kisten verpackt waren. Die Erregung gegen den rechtsbolshewistischen Jiland und seine vaterlands- und arbeitersindlichen Absichten wuchs so stark an, daß die Gefahr bestand, daß der Jorn der Arbeiterschaft sich in einer sofort an Ort und Stelle geschehen Volksjustiz Luft machte. Jiland wurde deshalb in Schutzhaft genommen. Erschwerend für die Beurteilung der ganzen Angelegenheit kommt noch hinzu, daß die Kärleiner Kommandantur, bei der eine ganze Reihe republikanisch höchst unzuverlässiger Personen sich herumdrücken, in dem dringenden und durch die bisherigen Erfahrungen wohl begründeten Verdacht steht, diejenige Stelle zu sein, die die Granaten an Jiland abgegeben hat.

Englischer Gewerkschaftskongress.

London, 6. September. Der Gewerkschaftskongress wurde in Cardiff eröffnet. 850 Delegierte, die über 6 000 000 Mitglieder vertreten, nahmen an der Sitzung teil. Der diesjährige Vorsitzende Poulton erklärte in seiner Eröffnungsrede bezüglich des Vorschlags, einen Generalrat der Gewerkschaften zu errichten, die bisherige Methode sei vollkommen unzulänglich. Neue Methoden müßten eingeführt werden, damit die Gewerkschaftsbewegung sich ernstlich mit den industriellen Lebensfragen befassen könne. Poulton erklärte sich gegen die Revolution durch Gewalt und sagte, die große Mehrheit der Arbeiter sei für eine friedliche Entwicklung. Zur Arbeitslosenfrage erklärte der Vorsitzende, die bestehende Arbeitslosigkeit verurteile schon allein die gegenwärtigen Zustände. Die Staatsmänner, Politiker, Bankiers und Unternehmer dürften versichert sein, daß die augenblicklichen Zustände des Handels, der Wirtschaft und der Gesellschaft befristet werden.

nicht stattfinden könne und daß man „Räheres“ aus den Zeitungen erfahren werde.

Das „Räheres“ aber sah so aus: ein schlauer Kopf hatte sich den Opernhänger der Bonner zuzunehmen gemacht, sich von der Stadtverwaltung das Stadttheatergebäude verpachten lassen und sich dann unter Mitnahme des vereinnahmten Geldes in Höhe von 21 000 M. aus dem Staube gemacht.

Unter den „Geleiteten“ griff eine große Bestürzung um sich, die Theaterangestellten und -beamten sind außer sich; einzig den Kopf oben und die größte Ruhe behält — die Stadtverwaltung. Warum auch nicht? Ein 22jähriger junger Mann mit Namen Horst Düring medel sich bei der Stadtverwaltung und fordert in Abwesenheit des Intendanten das Theater für ein dreitägiges Gastspiel. Eine Frage nach der Konzession für sein Unternehmen, eine telefonische Anfrage bei einem Theaterfachmann hätte die ganze Geschichte als Schwindel offenbart, aber man geht seelenruhig auf den Heim, gestattet das Gastspiel und erklärt hinterher — für nichts aufzukommen. Die Stadt als solche ist vor finanziellen Schäden bewahrt worden. Dafür aber hat sie den Spott, und den gründlich: Zum Hauptmann von Köpenick gefestigt sich jetzt der „Theaterdirektor von Bonn“!

Namenswühe. Von allerlet lustigen Wortspielen mit Namen plaudert Dr. W. Ahrens im „Börsenblatt für den deutschen Buchhandel“. Von der bekannten Buchhandlungsfirma Vertes, Besser u. Rauke, die vor kurzem ihr 125jähriges Geschäftsjubiläum feierte, pflegte der Volkswitz zu sagen: „Vertes ist besser als Rauke.“ Der Dichter Wilhelm Haring, der sich bekanntlich Wilhelm Vertes nannte, besuchte häufig seinen Verleger Schiefinger, der einäugig war und in seinem Geschäft vier Angestellte hatte, so daß das Wohl und Wehe der Firma auf neun Augen ruhte. Da der Dichter dem Buchhändler in seinem Laden unter den Linden immer mit viel Auszeichnung begrüßte, meldete eines Tages der boshafte Glasbrenner: „Unter den Linden geschieht täglich ein Naturwunder: ein Haring kommt zu einem Reunauge und macht Büdlinge.“ Dem bekannten Mythologen Philipp Buttmann wurde eines Tages erzählt, der Verleger Wieneg wolle sein Geschäft aufgeben und Viehhütungen für die Armee übernehmen. „So“, rief Buttmann schlagfertig, „dann sagen Sie doch dem Buchhändler Wieneg, er solle sich hinfort Viehhändler Buchweg nennen.“ Ein Zeitungsbekannter schlug seinem Verleger zur Hebung des Blattes vor, einen Roman von Annunzio zu bringen. „Ach“, sagte der Verleger wigig, „bringen Sie mir lieber mehr Annuncios.“

Märdenabend. Am 7. Sept. (Eig. Drahtber. des „Vorwärts“.) Am 8. Septbr., abends 7 1/2 Uhr, in der „Arbeiter-Kunst-Ausstellung“, Petersburger Straße 33.

Zu der Unterrichtsanstalt des Kunstgewerbemuseums, Prinz-Adolph-Str. 8, beginnt das Wintersemester am 10. Okt. Anmeldungen bis 24. Sept. (Zimmer 55) vom 12. bis 24. Sept. von 10 bis 2 Uhr.

Ein Vortag für Cds- und Gemäßeberwertung findet am 8. Septbr. im Gärtnereianstalt Berlin-Dahlem vom 8. bis 8. Okt. statt. Anmeldungen beim Direktor.

Beginn der Saison.

Von Michael Charol.

Die Winteraison hat offiziell eingesetzt. Was sie in einzelnen auf den verschiedenen Gebieten des Kulturlebens uns bringen wird, kann kein Mensch voraussagen, jedenfalls tut man gut, auf keinem Gebiete allzuviel zu erwarten.

Die Theater zeigen eine Reihe von Erst- und Uraufführungen an, aber sowohl aus ihren Programmen wie aus der Kenntnis der Werke kann man mit Bestimmtheit sagen, daß der Messias des Dramas nicht in Sicht ist. Rebrigens wird er auch gar nicht mehr erwartet. Was die neuen Theater und auch die Mehrzahl der alten wünschen, sind leichte Stücke, Plauderton, Gesellschaftsdramen mit Effektszenen. Dementsprechend sehen wir auch nirgends Stammensembles. Unsere Bühnen richten sich durchweg nach dem Starsystem ein. Der Schauspieler wird für die Rolle engagiert, das Stück ist für den engagierten Schauspieler ausgesucht. Die Ensembles, wie das Brahms', wie das Reinhardt's zu Anfang seiner Karriere, die die Dichter spielten und die die deutsche Theaterkunst zu einem plötzlichen Aufschwung brachten, sind jetzt von der Bühne verschwunden. Wir werden bald die Folgen spüren, wir spürten sie schon im letzten Winter.

Der letzte Winter brachte noch ziemlich trotz die Gegensätze zwischen der alten und der neuen Richtung. In dem kommenden Winter werden wir ein Abflauen des Kampfes erwarten können. Die Neuen sind anerkannt worden, noch bevor sie ein Genie hervorgebracht haben, und werden nun zäher werden, weil die Allgemeinheit sich an den stürmischen Gebärden des Expressionismus sattgesehen hat. Die Alten werden sich den Jungen etwas nähern, weil auch sie gelernt haben, daß in diesem Lager neue Ausdrucksmöglichkeiten zu finden sind. Wie in der Dichtung, so in der bildenden Kunst. Schon die große Sommerausstellung hatte gezeigt, daß es Brüder von einem zum anderen gibt. Nun wird voraussichtlich der Kampf nicht mehr ausgefochten: die Ex-, die Impressionismus, sondern: die Qualität, dort Nachahmung!

Wie der Schlachtrauf jedoch auch klingen wird, eine Verchiebung ist bestimmt vollzogen worden: Berlin ist nicht mehr das ausschließliche Kulturzentrum. In der bildenden Kunst haben sich die Rheinlande als einen mächtig aufstrebenden Faktor in dem Kunstleben Deutschlands erwiesen. Im Theaterleben haben sich eine ganze Reihe neuer Zentren gebildet, die den Ehrgeiz haben, neben und vor Berlin Kunst zu bringen. Ja, vor Berlin, das sich zu leichter Belustigung hingezogen fühlt. Aber auch ohne diesen Drang stände die Provinz insofern günstiger als die Hauptstadt, weil sie mit billigeren Mitteln arbeiten kann.

Hier sind die Theaterpreise, die Vortrags- und Konzertbillets so teuer geworden, daß nur wenige ihren Kulturdrang befriedigen können. Die Provinz bietet alles billiger, die Fahrtkosten fallen weg

Anerkennung aus dem Memelgebiet.

Die Litauer dürften sich vor dem Kriege einer weitgehenden Gastfreundschaft in Deutschland erfreuen. Sie genossen insofern eine gewisse Vorzugsstellung und konnten z. B. unter deutschem Schutz in Memel eine Art Kulturzentrale einrichten, deren Druckwerke bis zu den litauischen Auswanderern in Amerika und Kleinasien drangen. Auch heute noch — und das ist an und für sich nur zu begrüßen — hat man in Deutschland für Litauen eine gewisse Vorliebe. Unter anderem erscheinen auf deutschem Gebiet drei litauische Zeitungen, die eine Pressefreiheit genießen, wie sie unter gleichen Verhältnissen in einem anderen Staate kaum denkbar wäre. Leider hat Litauen diese deutsche Gastfreundschaft nicht immer so vergelten pflegt. Man geht wohl nicht fehl, wenn man die Loslösung des Memelgebietes von Deutschland zum Teil auch auf den Einfluß der russisch-litauischen Emigranten in Amerika zurückführt.

Der Erfolg der Abtrennung entsprach allerdings keineswegs den Erwartungen seiner Befürworter. Sie zeigte lediglich vor aller Welt, daß das Memelland deutsch ist. In einer Adresse an die Friedenskommission vom April 1919 protestierten in den Kreisen Hendetrug und Memel, den Hauptkreisen des Gebietes, 93 resp. 78 Proz. gegen eine Vereinigung mit Litauen (an die Möglichkeit einer Vereinigung mit Polen dachte damals noch kein Mensch), und der Gedanke an ein Aufgehen in Litauen hat bis auf den heutigen Tag noch nicht festen Fuß im Memelland gefaßt. Das mag verwunderlich erscheinen, da nach einer Volkszählung vom Jahre 1910 von den Einwohnern des Kreises Hendetrug 54 Proz. und des Kreises Memel 44 Proz. das Litauische als ihre Muttersprache angaben, ein Umstand, der die maßgebenden Persönlichkeiten in der Friedenskommission wohl auch zu der Absorption von Deutschland veranlaßte. Man überließ allerdings hierbei, daß von den 150 000 Einwohnern des Memelgebietes 140 000 Protestanten sind, während sich der geringe Rest aus Katholiken und Juden zusammensetzt. Wer weiß, wie schroff konfessionelle Gegensätze gerade innerhalb kleiner Nationalitäten sind — Irland ist zurzeit ein überaus lehrreiches Beispiel dafür —, den wird die entschiedene Ablehnung eines wie aus immer gearteten Zusammengehens mit dem katholischen Litauen (bei dem katholischen Polen verhält es sich nicht anders) von selten auch der litauischen Memelbewohner nicht mehr wunder nehmen.

Das mag ein Grund mit dafür gewesen sein, daß die großlitauische Agitation in Memel zunächst nicht die Ausmaße annahm, die man erwarten mußte. Erst in letzter Zeit, seit Polen als Rivale austrat und mit der ihm eigenen Hemmungslosigkeit seine agitatorischen Taschenspielerkünste auf das Memelgebiet losließ, setzte auch eine zielbewußte Agitation von litauischer Seite ein. Die Tarnba, das litauische Parlament in Kowno, meldete seine Ansprüche an, in der Presse wurde es lebhafter und litauische Agenten versuchten durch Land- und städtische Terraintäufte großlitauische Keile in das Memelgebiet zu treiben. Eine litauische Zeitung in Tilsit geht gar so weit, auf weitere Abspaltung deutschen Landes hinzuwirken, ein Unterfangen, das die Gastfreundschaft auf deutschem Boden denn doch ein wenig zu sehr ausnützen heißt.

Ungeachtet dieses verstärkten Ansturmes wird viel davon abhängen, daß die Memelbewohner an ihrem bisherigen Standpunkt: Ablehnung einer Vereinigung mit Litauen oder Polen, Errichtung eines autonomen Freistaates Memelland einheitlich festhalten. Der deutsch-litauische Heimatkund in Memel, der nicht mit ähnlichen Vereinigungen in Deutschland verwechselt werden darf, geht in dieser Hinsicht mit gutem Beispiel voran und von der arbeitenden Bevölkerung in der Stadt und auf dem Lande kann man sagen, daß sie alles andere wünscht als das, für was sie litauische und polnische Agitation gewinnen möchte. Leider legen nicht alle Kreise des Großkapitals, das zum Teil in angesehenen politisch-verwaltungstechnischen Stellen sitzt und nicht immer den besten Gebrauch von dieser ihrer Gewalt macht, dieselbe Entschlossenheit an den Tag. Trotz aller Abkühlungsversuche steht fest, daß von dieser Seite unter der Hand Vorbereitungen eingeleitet worden sind, deren letztes Ergebnis ein Untertauschen des Memelgebietes unter die litauische oder polnische Oberhoheit bedeuten würde.

Diese Quertreibereien sind nicht ohne Folgen geblieben. In memelländischen Kreisen Deutschlands, die sich mit einer Autonomie des Memellandes ohne Murren abgefunden hätten, spricht man seit Bekanntwerden der angelegentlichsten Tatsachen davon, daß die rechte Antwort hierauf nur der offen ausgesprochene Wunsch nach einer Wiedervereinigung des Memelgebietes mit dem Deutschen Reich sein könne und führt als Grund hierfür u. a. an, daß der überaus größte Teil gerade der memellitauischen Landbevölkerung ebenso denke. Wir wollen uns in das Für und Wider dieser Argumentation nicht einmischen. Die memelländische Frage ist nun einmal leider keine deutsche Reichsfrage mehr. Ebenjowenig wollen wir aber aus unserem Herzen eine Mördergrube machen. Es hieße mit einer brennenden Laterne am helllichten Tage herumgehen, wollte man bezweifeln, daß die Bevölkerung Memels deutsch, zum mindesten ebenjowenig deutsch wie Elsaß-Lothringen französisch ist. Was wir der Bevölkerung des Memelgebietes wünschen, das ist jenes Selbstbestimmungsrecht der kleinen Völker, das der Völkerbund als eine seiner vornehmsten Thesen proklamiert und nach dem das Memelland selbst zu sagen hat, wohin es gehören will.

Das Schicksal des allrussischen Komitees.

Paris, 6. September. (W.B.) Nach einer Havasmeldung aus Warschau verlautet dort aus Moskau, daß 53 Mitglieder des allrussischen Hilfskomitees, die verhaftet worden waren, wieder freigelassen worden sind. Drei seien im Gefängnis zurückbehalten worden.

London, 6. September. (W.B.) „Daily Telegraph“ meldet, daß die Botschaft in Rußland von der außerordentlichen Kommission (Tscheka) beherrscht werde. Lenin werde wie früher der Jar täglich mit Gerüchten über neue und weit verzweigte Verschwörungen terrorisiert. Als es sich zeigte, daß Lenin ein Zusammengehen mit dem unpolitischen allrussischen Hilfskomitee begründete, wurde sofort von der außerordentlichen Kommission eine „weite Verschwörung“ und auch die Beweise dafür fabriziert. Den russischen Blättern zufolge habe in den Provinzen ein wahres Gemetzel unter den Vertretern dieses unpolitischen Komitees stattgefunden. Besondere Abordnungen von Polizeipersonen verhafteten die Agenten des Komitees und erschossen sie kurzerhand. Die Sowjetregierung begab eine neue Herrschaft des Terrors gegenüber den gebildeten Klassen (?) in Rußland.

(Eine Bestätigung dieser Nachricht aus russischen Quellen liegt nicht vor. Wir geben sie mit Vorbehalt wieder. D. Red.)

Groß-Berlin

Vom Klante-Konzern.

Wie die „Dena“ erfährt, sind auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft die Bücher einiger Annahmestellen des Klante-Konzerns beschlagnahmt worden, da der Verdacht vorliegt, daß einige Inhaber solcher Annahmestellen größere Beträge beiseite gebracht haben. Danach besteht scheinbar für die Gläubiger die Hoffnung, daß die noch fehlenden großen Beträge wieder beigebracht werden können.

Für die Stimmung, die in den Kreisen der Einzahler des Klante-Konzerns herrscht, ist ein Schreiben bezeichnend, das der „Dena“ aus diesen Kreisen zugeht und das als Kulturdokument für die heutige Zeit gewertet werden darf. Es heißt darin: „Der Klante arbeitet mit seinen Einzählern schon länger als ein Jahr und hat bereits verschiedene Male 100 Proz. Gewinn ausgezahlt. Klante hat von vornherein die Absicht gehabt, ein auf realer Basis unter Leitung erster Fachleute aufgebautes Bankgeschäft ins Leben zu rufen, das dem kleinen Mann und den Mittelstand die Möglichkeit geben sollte, an den Riesengewinnen der Börse und der wenigen Großbanken teilzunehmen zu lassen. Seine Absicht war, das Gebiet der Spekulation mit IndustriePapieren und Dividenden auch dem kleinen Mann zugänglich zu machen. Da das dazu nötige Riesekapital auf gewöhnlichem Wege nicht zu erhalten gewesen wäre, arbeitete Klante mit dem Anreiz der Rennwette. Das war ein Reklametrick, weiter nichts (!). Als er das Kapital zusammen hatte, wollte Klante als Bankant auf den Plan treten, als ihm der Zusammenbruch anderer Wirtschaftszweige einen Stich durch die Rechnung machte. Klante ist nicht zusammengebrochen, er steht auch heute noch unangefastet da, und außer dem harten Geld stehen auch hohe Realwerte zur Verfügung seiner Einzahler. Bei der Staatsanwaltschaft liegt nicht das Geringste gegen Klante vor, dagegen hat sich Klante an ein Detektivbureau wenden müssen, eigens zu dem Zweck, sich die zahllosen Erpresser vom Leibe zu halten, die im Trüben zu fischen hoffen. Das ist die Wahrheit über den Fall Klante.“

Jagd auf Liebespärchen.

Falsche Kriminalbeamte treiben in der letzten Zeit in der Umgebung des Schlichtenssees ihr Unwesen. Besonders sind sie in den Wäldern zwischen Sacrow und Moorlake aufgetreten. Sie lauern dort Liebespärchen auf, schleichen sich an sie heran, dichten den harmlosen Leuten Verbrechen an, die sie gar nicht begangen haben, schreiben ihren Namen auf und erklären nach der Feststellung, daß das Weitere sich finden werde. Um allen Unannehmlichkeiten vorzubeugen, finden sich die Bedrohten bereit, sich mit dem vermeintlichen Beamten abzufinden, obwohl sie sich sagen müßten, daß wirkliche Beamte sich darauf nicht einlassen. Auch alleingehende Männer suchen die falschen Beamten heim. So stellten sie einen Mann aus Potsdam und verlangeten von ihm, daß er sich ausmische. Weil der Mann keine Papiere bei sich hatte, so nahmen sie ihm sein Fernglas mit der Begründung ab, es solle als Sicherheit für die Richtigkeit der von ihm gemachten Angaben über seine Verlon dienen. Fünf Ferngläser trugen sie schon bei sich. Ohne Zweifel hatten sie diese an demselben Tage schon anderen Opfern abgenommen. Angaben, die zur Ermittlung und Festnahme dieser falschen Kriminalbeamten dienen können, nimmt die Dienststelle A 4 der Berliner Kriminalpolizei, Hausanruf 551, entgegen.

Ein neues Krankenlasten-Erholungsheim.

Die Allgemeine Ortskrankenkasse Berlin-Pankow hatte, um einem immer dringender werdenden Notstand abzuwehren, in der Ausschussung am 19. Mai 1920 einstimmig den Ankauf eines Erholungsheims beschlossen und am 8. Juli 1920 ein 38 Morgen großes Grundstück in Bad Hünnsberg i. Jhergebirge gekauft. Das Grundstück liegt auf dem Wege von Bad Hünnsberg nach Bad Schwarzbach in zirka 600 Meter Seehöhe und hat außer 28 Morgen Acker und Wiese eine 10 Morgen große Waldfläche.

Nachdem der Vorbesitzer des Grundstücks am 1. April 1921 geräumt, wurde mit den Erneuerungsarbeiten begonnen. Im Hause selbst mußten verschiedene bauliche Veränderungen und ein Erweiterungsbau vorgenommen werden. Durch diesen Erweiterungsbau wurden 2 Zimmer, 2 Baderäume und 4 Toiletten geschaffen, so daß das ganze Erholungsheim jetzt Wirtschaftsstube, Spülküche, Speisekammer, Speisezimmer, 12 Zimmer, 1 Krankenstube und 2 Personalzimmern sowie große Kellerräume enthält. Durch geeignete Ausnützung der vorhandenen Räume können im Sommer 38 und im Winter 20 Patienten untergebracht werden, die keiner ärztlichen Behandlung mehr bedürfen. Zur Unterbringung des Viehbestandes mußte an der vorhandenen Scheune ein Stall angebaut werden, der anschließend eine Waschküche und eine Kuchentube enthält. Die nicht geringen Anbauten sind nunmehr soweit fertig, daß mit der Belegung jetzt begonnen werden ist. Am 1. September 1921 sind die ersten 12 Patienten dort eingetroffen. Von einer offiziellen Eröffnungsfeier ist abgesehen worden.

Wägen alle dort zur Erholung und Kräftigung befindlichen Mitarbeiter sich recht wohl fühlen, um dann neugekräftigt zur Wiederaufnahme ihrer Beschäftigung zurückzukehren.

Totenfeier mit Tanzergnügen.

Wir erhalten folgende Zuschrift:
Als ich am vorigen Sonntag das Rangsdorfer Seebad besuchte, sah ich, wie auf der Parkseite unter Beteiligung schwarzweißrot behänder Kriegervereiner mit Fahnen ein Denkmal für die im Weltkrieg Gefallenen errichtet wurde, wobei der Bauherr, der deutsch-nationale Rittergutsbesitzer Spiedermann, in seiner Ansprache an den Kriegerverein den übrigen recht gesinnungslosen Steinbau als „Wahrzeichen deutscher Art und Sitte“ bezeichnete. Auf dem Rückweg zum Bahnhof trauete ich am Abend meinen Kragen kaum, als ich die schwarzweißrote Leuerverammlung vom Nachmittag noch bei Konzert und Tanzmusik im Dorftrug versammelt fand, in einer Stimmung, die nichts mehr von Trauer für die Gefallenen verriet. Sogar der deutsch-nationale Trauerredner, der, wie die Inschrift am Stein zeigt, selbst einen Bruder unter den Gefallenen hat, schwang mit anderen Kriegervereinern munter das Tanzbein. In der Kasse wurde ich belehrt, daß ein Tanzergnügen des Kriegervereins stattfinden. Nun weiß ich, was die Deutschnationalen unter „deutsche Art und Sitte“ verstehen.

Schützt die Spielplätze!

In einer ganzen Reihe von Straßen, Plätzen und Parks hat die Stadt Berlin für die Kleinkinder Spiel- und Bubbeltischen aufstellen lassen, die, mit Sand gefüllt, von den Kindern gern aufgesucht werden und ihnen Gelegenheit zum Spiel bieten. Es ist nun von mehreren Seiten wiederholt beobachtet worden, daß der frisch angelegene Sand von Leuten aus der näheren Umgegend eimer- und sadweise weggeholt wurde, wohl in der Annahme, daß er Allgemeingut und nur von geringem Wert sei. Die Ausfüllung dieser Kästen verursacht aber unter den heutigen Verhältnissen nicht unbedeutliche Kosten, und diese sollen für den Haushalt der Stadt ganz besonders ins Gewicht. An die Bevölkerung wird die Bitte gerichtet, darüber zu wachen, daß diese für die Kleinkinder geschaffenen Anlagen nicht von eigennütigen, rücksichtslosen Leuten um geringen Vorteils willen zerstört werden.

Billiges Schweinefleisch.

In den Fleischverkaufsstellen der Gemeinde Berlin-Reinickendorf, Resdendstr. 151 und Kögelstr. 3 sowie in Berlin-Tegel, Bahnhofstraße und Schöneberger Straße, gelangt am Mittwoch, den 7. und Donnerstag, den 8. d. M., billiges Schweinefleisch zu nachstehenden Preisen zum Verkauf: Schinken und Schaf 16 M., Bauch 16,50 M., Koteletts 17,50 M., Rückenfleisch und Flecken 17 M., Kopf und Beine 8 M.

Die Versammlungsleiter und Referenten der heutigen Versammlungen werden gebeten, der Redaktion unseres Blattes (Mochtplatz, 151/95) noch heute abend einen kurzen telephonischen Bericht zukommen zu lassen.

Pierpont Morgan in Berlin. Der Berliner Korrespondent des „New York Herald“ meldet, daß der bekannte Multimilliardär Pierpont Morgan in einem Flugzeug in Berlin eingetroffen und im Hotel Bristol unter dem Namen Parker Miller abgestiegen war. Im Hotel hatte man allerdings keine Anwesenheit gelehnet. Er hat sich fünf Tage in Berlin aufgehalten und es trefflich verstanden, kein Inkonito zu machen. Ueber den Zweck seines hiesigen Aufenthaltes konnte Bestimmtes nicht erfahren werden.

Zu dem Explosionsunglück in Spandau wird von den Zeppelin-Wasserstoff- und Sauerstoffwerken in Staaten folgendes mitgeteilt: Am Donnerstag, den 1. d. M., vormittags, wurde von den Zeppelin-Wasserstoff- und Sauerstoffwerken auf Anfordern der Reichswerke Spandau ein Meister nach den Reichswerken geschickt, um die von den Arbeitern beanstandeten Wasserstoffflaschen zu probieren. Der Meister nahm im Beisein von vier Herren der Reichswerke die im Gasbetriebe übliche Knallgasprobe an neun Flaschen vor. Ein Knallgasgemisch wurde nicht festgestellt. Der Unfall selbst passierte, als die noch im Betriebe befindlichen Flaschen zusammengeschoben wurden, kurz nach der Mittagspause an einer Arbeitsstelle und nicht beim Verladen der Flaschen. Die Ursache der Explosion ist noch nicht aufgeklärt.

Die letzte Bezirksvertreterwahl des 10. Bezirks (Zehlendorf) beschloß sich zunächst mit den Mitteilungen des Bürgermeisters über „die Ausgestaltung der Amtsstellen“. Die rechte wie die linke Seite des Hauses übte eine herbe Kritik an den vom Bezirksamt eingerichteten Amtsstellen in Wannsee, Nikolassee und Dahlem. Es wurde ein Ausschuss eingesetzt, der möglichst die Schäden reparieren soll. — Nachhermüdig wurden ohne Debatte die Mehrausgaben der Müllabfuhrstelle mit 415,83 M. und für die Unterhaltung der Gemeindegrundstücke im Jahre 1920 mit 300 962 M. beschlossen wurde die Anschaffung eines Wagens zur Beförderung von Kinderleichen.

Die Vorlage des Bezirksamts, „Diensträume in dem Rathaus Nikolassee an das Polizeiamt in Zehlendorf zu vermieten“, wurde nach lebhafter Debatte der Deputation für Finanz- und Grundeigentum überwiesen. Das gleiche Schicksal hatte die nächste Vorlage. Diese verlangte die Zustimmung der Vertreter zur Vermietung der Villa Candide in Wannsee an das Polizeipräsidium in Berlin. In der Villa sollten Schutzpolizisten einquartiert werden.

Das Jugendamt Berlin möchte die schöne große Villa, zu der ein großer Park und Garten gehört und die an den Wannsee grenzt, mit erholungsbedürftigen Kindern besetzen. Hoffentlich verzichtet die Polizei und sieht ein, daß die Villa für die Kinder nötiger ist als zur Fokernierung der Schupo, und zwar um so eher, als bereits zwei Heilstätten in Zehlendorf mit erheblichen Kosten für die Schutzpolizei umgebaut, eingerichtet und von ihr belegt worden sind.

Die weltliche Schule in Alteshof, die im Jahre 1920 errichtet worden ist, umfaßt zurzeit 29 Proz. aller die Gemeindefürsorge Alteshof besuchenden Kinder. Die zum 1. Oktober d. J. schulpflichtig werdenden Kinder sind am Donnerstag, den 8. September, vormittags 10 Uhr, beim Schulleiter der 3. Gemeindefürsorge anzu melden. Von unseren Parteigenossen, deren Kinder jetzt schulpflichtig werden, erwarten wir, daß sie ihre Kinder der weltlichen Schule, der Schule unseres Programms, zuführen.

Die Lehrgänge in der Wohlfahrtspflege, die für die Fortbildung von Beamten in der Wohlfahrtspflege in enger Verbindung mit der Stadtgemeinde Berlin eingerichtet wurden, beginnen im Herbst d. J. ihr zweites Lehrjahr. Für die Vorlesungen aus den Gebieten der Jugendwohlfahrt, Sozialhygiene und der wirtschaftlichen Fürsorge sind wieder hervorragende Dozenten aus den Fachgebieten gewonnen worden, u. a. Oberregierungsrat Dr. Behrend, Reichsarbeitsministerium, Stadtmagistrat Dr. Rabnow, Direktor Knaut, Regierungsrat Margarete Chert, Stadtrat Muthesius, Dr. Alice Salomon. Eine Erneuerung bedeuten die Seminare, die für fortgeschrittene Sozialbeamte eingerichtet sind und in denen Vorlesungen über das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz, Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik, Sozialpädagogik, Arbeiterfragen u. a. abgehalten werden. Für die Gebiete der Arbeiterfürsorge und der konfessionellen Fürsorge sind Sonderkurse eingerichtet. Nähere Auskünfte und Programme erteilt die Geschäftsstelle: B. 35, Plottowstr. 4 I, Zimmer 5; Sprechzeit von 2 bis 3 Uhr.

Die Schulklassenspiele an den weltlichen Schulen in Berlin-Reinickendorf finden am Sonntag, den 25. September, vormittags 10 Uhr, und zwar für die Kinder des östlichen Ortsteiles in dem Schulsaal des Realgymnasiums und für diejenigen des westlichen Ortsteiles in dem Schulsaal der 5. Gemeindefürsorge statt. Besondere Vorbereitungsstunden werden im Osten in der Oberasse der 6. Gemeindefürsorge, Holländer Str., jeden Donnerstag von 4 bis 6 Uhr nachmittags erteilt. Anmeldungen sind an die Leiter der weltlichen Schulen zu richten.

Auch ein nollebender alter Berliner! Auf dem kleinen Platz, der sich zwischen der Neuen Promenade und dem Bahnhof Börse befindet, steht ein über hundert Jahre alter Kastanienbaum, der, wenn ihm nicht noch schleunigst die nötige Nahrung zugeführt wird, im nächsten oder übernächsten Jahr verhungert ist. Da gerade die alten Stadtleute keinen Ueberfluß an Bäumen haben, sollte man die vorhandenen zu erhalten suchen oder aber durch Neuanpflanzungen ersetzen.

Neber das Quäkertum spricht am Mittwoch, den 7. September, abends 7½ Uhr, im Bunde relligöser Sozialisten in Neukölln, Hertstr. 9 (Gemeindefaak) W. G. G. vom Vorstand der englisch-amerikanischen Quäkervereinigung in Berlin.

Eine Elternratsversammlung findet am Mittwoch, den 7. d. M., abends 7½ Uhr, im Stadttheater, Alt-Moabit 47/48, großer Saal, statt. Da sich in der letzten Zeit von seiten reaktionärer Lehrkräfte verschiedene Uebergriffe ereignet haben, so ist der Beschluß der Versammlung seitens der Eltern dringend erforderlich.

Eine Auskθεση von kleinärtnerischen Erzeugnissen und Kleinere veranstaltet der gemeinnützige Verein „Bereinigtes Landwirtsch. Kleinärtner C. V.“ in Pantow, Rattler, Wilhelm-Str. 29/31, in Ledmanns Restauration vom 10. bis 12. September d. J. Eintritt einsehl. Steuer 1,50 M., Kinder 50 Pf.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Trocken und überwiegend heiter. Nachts kühl, am Tage ziemlich warm, bei größtenteils schwachen, vorherrschend nordöstlichen Winden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

- 20. Okt. Morgen, Mittwoch, abends 7½ Uhr Sitzung der Funktionäre, Betriebsrat und Elternbeiräte bei Bombe, Strahmannstr. 7.
- 22. Okt. Abends. Die für morgen 10 Uhr im Reichsvereinigungsaal mit 200 Mitgliedern stattfindende Sitzung der Funktionäre, Betriebsrat und Elternbeiräte bei Bombe, Strahmannstr. 7.
- 23. Okt. Abends. Die für Mittwoch, den 8. Sept., an der 10. d. M. stattfindende Sitzung der Funktionäre, Betriebsrat und Elternbeiräte bei Bombe, Strahmannstr. 7.
- IX. Bezirk (Wilmersdorf). Eine dringliche Sitzung der Vereinigung sozialistischer Elternbeiräte findet am Mittwoch, den 7. Sept., abends 7½ Uhr in der 1. Gemeindefürsorge, Gieselerstr. 11, statt. Vollständiges Erscheinen aller sog. Elternbeiräte wird bestimmt erwartet.

Sport.

Weltmeister Egegaard kommt nach Berlin. Es ist der Ditlevson der Norddeutschen Lloyd, den Weltmeister für den kommenden Sonntag nach Trepow zu verschieben. Egegaard ist in Deutschland einer der beliebtesten und germegelebtesten Dauschwärmer vor dem Kriege gewesen. Den Namen den Quinard als ausländischer Flieger in Deutschland hatte, besitzt Egegaard als ausländischer Flieger. Selbst unter Ullmeyer Willy Brand mußte sich in diesem Jahre in Mainz vor Egegaard beugen. Ein Zusammenstoß Egegaards mit unieren erstklassigen Fliegern dürfte zurzeit das größte rasportliche Ereignis sein.

